



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 175. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 5. Mai 2021

WIEN AUS DER COVID-19-KRISE RAUSINVESTIEREN

Einleitung

Die bestehende Krise hat vielfältige Auswirkungen. Beschränkungen der Wirtschaft, Arbeits- und Lebenswelten stellen eine Belastungsprobe für alle Bevölkerungsgruppen dar, insbesondere hinsichtlich der ökonomischen Folgen für die Erwerbstätigen und ihre Familien als auch hinsichtlich der Konsequenzen für das soziale und mentale Wohlbefinden. Frauen und Niedrigqualifizierte sind von den Auswirkungen der Krise besonders stark betroffen. Damit in Zusammenhang stehende gesundheitliche Risiken verschärfen die Situation zusätzlich.

Besonders in der Krise braucht es nun Gerechtigkeit. Die Beschäftigten besonders in der kritischen Infrastruktur, Daseinsvorsorge und auch der Grundversorgung halten das Land selbst jetzt am Laufen – das muss auch danach etwas wert sein. Dem Sozialstaat der die schlimmen Folgen der Krise abmildert kommt jetzt besondere Bedeutung zu. Ihn gilt es durch Investitionen weiter auszubauen und für die Zukunft absichern.

Einen wichtigen Beitrag leistet hier, das von der Stadt Wien geschnürte Konjunkturpaket in der Höhe von rund 600 Millionen Euro für kommunale Daseinsvorsorge und die städtische Infrastruktur. 300 geplante Projekte können jetzt früher umgesetzt werden. Sie umfassen Bereiche wie Bildungsinfrastruktur und Kindergärten (156 Millionen Euro), Wiener Sportstätten und Bäder (rund 150 Millionen Euro), Straßen- und Brückeninfrastruktur (rund 112 Millionen Euro), öffentlichen Verkehr (rund 110 Millionen Euro) und Wiener PensionistInnen-Wohnhäuser (rund 72 Millionen Euro).

Als notwendige Voraussetzung gilt es den Gemeinden den nötigen Spielraum für Investitionen zu ermöglichen, die regionale Wertschöpfung zu sichern, EU-Mittel sinnvoll einzusetzen und abzuholen.

Um die nun anstehenden Herausforderungen zu meistern muss aus Sicht der AK insbesondere in den Sozialstaat investiert werden.

Arbeitsmarkt

Aufgrund der Arbeitsmarktkrise werden auch in Wien viele ArbeitnehmerInnen eine neue Beschäftigung und auch eine berufliche Umorientierung benötigen. Dabei müssen sie entsprechend unterstützt werden, in organisatorischer und auch in finanzieller Hinsicht. Das betrifft die Schulungskosten ebenso wie die Lebenserhaltungskosten während der Zeit der Umschulung. Frauen sind von der gegenwärtigen Krise besonders betroffen.

Bildung

Der Schul-Lockdown und Unterrichtseinschränkungen im Zuge der Pandemiebekämpfung haben die Probleme des österreichischen Schulsystems weiter verschärft. Die Lernschere geht durch



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Distance Learning weiter auf. Schon bisher waren die Bildungschancen ungerecht verteilt. In Österreich wird der Bildungserfolg von Kindern sehr stark vom Elternhaus geprägt.

- Rund ein Drittel der Schulkinder braucht Nachhilfe (2020: 317.000 SchülerInnen)
- Für privaten Zusatzunterricht zahlen Eltern jährlich insgesamt 90-100 Mio. €
- 40.000 Kinder bekommen keine Nachhilfe, obwohl sie Förderung brauchen würden
- Drei Viertel der Schulkinder brauchen ihre Eltern zum Lernen – in der Volksschule (90%), intensiv auch in der NMS und AHS-U (je 84%)
- Die Hälfte der Eltern bestätigten in einer AK-Umfrage, dass sich der Druck beim Lernen durch Distance Learning weiter erhöht hat. Für 34% in allen Fächern, für 16% in einzelnen Fächern.
- Die zeitliche Belastung durch das schulische Lernen war ebenfalls für rund die Hälfte der Eltern (49%) ein Problem.

Öffentliches Gesundheitswesen und Pflege

Die Pandemie hat offengelegt, dass ein funktionierendes und qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem gerade in Krisenzeiten von unschätzbarem Wert für die Gesellschaft ist. Daher braucht es ein Investitionspaket zur Sicherung und zum Ausbau eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Gesundheits- und Pflegesystems mit bundesweit einheitlichen Rahmenbedingungen.

Um die Situation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen zu verbessern sowie um eine Entlastung der Krankenhäuser zu bewirken, braucht es einen Ausbau von mobilen Diensten und teilstationären Angeboten, der über das Ausmaß des demografischen Wachstums hinausgeht. Der im AK-Pflegepaket vorgeschlagene Ausbau der Betreuung & Pflege zu Hause würde österreichweit zusätzliche Investition von 1,7 Mrd pro Jahr erfordern, von denen rund 70% über Steuern und SV-Beiträge wieder in öffentliche Haushalte zurückfließen. Zusätzlich werden regionale Wirtschaftsstrukturen gestärkt.

Wohnen

In den Zehn Jahren vor der Corona Pandemie ist die Bevölkerung Wiens um 217.356 Personen angewachsen. Dieses starke Wachstum hat sich zwar seit 2018 abgeschwächt betrug aber auch im Jahr 2020 rund 10.000 Personen (vorläufige Zahlen MA23).

Der in den letzten Jahren feststellbare Wohnungsfehlbestand insbesondere im leistbaren Wohnsegment konnte durch die bereits vor Pandemiebeginn forcierten Projektentwicklungen, nicht kompensiert werden.

Gerade jetzt in der Krise muss der Geförderte Wohnbau – dem Bevölkerungswachstum entsprechend - weiter vorangetrieben werden. Investitionen zur Ankurbelung und Fortführung des geförderten Wohnbaus können einen wichtigen Beitrag im Bereich der Baukonjunktur leisten und tragen zum Erhalt und Ausbau des langfristig leistbaren Wohnungsbestandes bei. Als Voraussetzung für die Wohnbauentwicklung muss die Umsetzung und Initiierung des weiteren Ausbaus der sozialen Infrastruktur zeitgerecht vorangetrieben werden.

Investitionen in den öffentlichen Raum

Die Qualität des öffentlichen Raumes muss den – nicht nur Corona-bedingt – gestiegenen Anforderungen Rechnung tragen. Es braucht Investitionen in eine hochwertige Ausstattung, die Sicherstellung der Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen und die Vorsorge und Erreichbarkeit von Konsumzwang freien Aufenthaltsorten. Ein qualitätsvolles Wohnumfeld macht krisenfest und ist die Basis für Lebensqualität.

Um die erforderlichen Begrünungen, Baumpflanzungen und Mikrofreiräume gegen die zunehmende Hitze in der Stadt als Maßnahme gegen Kühle Armut von Menschen konsequent umsetzen zu können, braucht es



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Investitionen in eine Neuaufteilung des Straßenraums sowie durchgängige Flächenentsiegelungsmaßnahmen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert unsere Lebens- und Arbeitswelt. Die Corona-Krise hat diesen Veränderungsprozess beschleunigt. Während das Home-Office für viele die Möglichkeit bedeutet weiterhin, in Sicherheit der Arbeit nachgehen zu können, zeigt die Krise auch, dass dies nicht für alle gleichermaßen gilt. Die Krise beschleunigt nicht nur den Veränderungsprozess, sondern verschärft auch die Ungleichheiten. In Summe ist daher zentral, dass der digitale Wandel und Technologien im Sinne der Menschen gestaltet und eingesetzt werden. Digitale Technologien und Dienste sollen in weiterer Folge möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden. Daher sind auch digitale Grundfertigkeiten allen Bevölkerungsgruppen entsprechend zu vermitteln.

Umwelt/Klimawandel

Zur gleichzeitigen Bewältigung der massiven Arbeitslosigkeit und der Klimakrise ist es notwendig und sinnvoll, vor allem in nachhaltige Klimamaßnahmen zu investieren. Dies hat mehrfachen Nutzen. Die Stadt Wien ist Eigentümerin von Energieversorgungs- und Verkehrsunternehmen sowie größte Immobilienbesitzerin. Diese Chancen gilt es zu nutzen. Das ermöglicht nicht nur sinnvolle und notwendige öffentliche Investitionen zur Überwindung der Auswirkungen der COVID-Krise auf dem Arbeitsmarkt, sondern kann auch sicherstellen, dass die Energieversorgung sowie Energie- und Verkehrswende sozialverträglich ausgestaltet werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Qualität des öffentlichen Raumes. Hier gibt es Pandemie- und Klimakrisenbedingt gestiegene bzw geänderte Anforderungen. Hier aktiv in Maßnahmen zu investieren, bedeutet die Wiener Lebensqualität auch künftig zu sichern.

Regionale Wertschöpfungsketten

In der Metropolregion Wien haben die funktionalen Verflechtungen zwischen Kernstadt und Umland in zentralen Bereichen mittlerweile eine Intensität erreicht, welche eine effiziente gemeinsame Politik ihrer Gebietskörperschaften notwendig macht. Der Erfolg eines Teilraums der Metropolregion ist zunehmend auch von den Aktivitäten anderer Teilräume abhängig. Gleichzeitig stoßen die Einflussmöglichkeiten lokaler Initiativen an Grenzen, und die Gefahr unproduktiver Konkurrenzbeziehungen nimmt zu.

Städte und Gemeinden Investitionen ermöglichen (Goldene Investitionsregel)

Die - aufgrund der massiven Auswirkungen der Covid 19-Krise - von der Europäischen Kommission aktivierte generelle Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist eine wichtige Basis für notwendige Investitionen.

Aus Sicht der AK bedarf es allerdings einer grundsätzlichen Änderung der Fiskalregeln, d.h. einer Implementierung der „goldenen Investitionsregel“ im nationalen und europäischen Kontext, um notwendige, kreditfinanzierte Investitionen zu ermöglichen. Wien ist weder im nationalen, noch im internationalen Vergleich übermäßig hoch verschuldet. Mit einem Schuldenstand von 3.960 EUR pro Kopf (2018) befindet sich Wien im Mittelfeld aller österreichischen Bundesländer und ist jedenfalls weit geringer verschuldet als vergleichbare Metropolen in Europa.

Für die Sicherung der Lebensqualität in Wien müssen kurzfristig die schlimmen Folgen der Krise abgemindert, und langfristig der Sozialstaat weiter ausgebaut und abgesichert werden. Hierfür sind wichtige Investitionen durchzuführen. Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher:



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Das von der Stadt Wien geschnürte 600-Millionen-Euro-Konjunkturpakets für die städtische Infrastruktur ist ein wichtiger Baustein um der Krise aktiv zu begegnen. Es braucht eine konsequente Umsetzung und ein klares Bekenntnis zu einer sozial und ökologisch orientierten Krisenbekämpfung und zum Klimaschutz, wobei öffentliche gemeinnützige Unternehmen eine besondere Rolle spielen sollen. Gerade in diesem Bereich sollen neue Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden und müssen Investitionen rasch umgesetzt werden.

Arbeitsmarkt

- Die AK Wien fordert, dass das Arbeitsmarktservice sowohl budgetär als auch personell ausgestattet wird um die Herausforderungen der Covid-19-Krise entsprechend erfüllen zu können.
- Speziell Jugendliche und junge Erwachsene sind mit einem schwierigeren und oft auch späteren Einstieg in Berufsausbildung und Arbeitsleben konfrontiert. Hier müssen die Stadt Wien und das AMS weiterhin dafür Sorge tragen, dass ausreichende und passende Angebote für sie zur Verfügung gestellt werden können. Dies betrifft Ausbildungen, aber auch Lohnsubventionen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt.
- Für Langzeitarbeitslose braucht es eine Fortsetzung und Erweiterung der Wiener Joboffensive, um regionale Pilotprojekte in einzelnen Wiener Bezirken umsetzen zu können, die die soziale Infrastruktur verbessern.
- Insbesondere im BMHS-Bereich braucht es mehr Schulplätze ab Herbst 2021.
- Es sollen verstärkt Maßnahmen und Anreize geschaffen werden um die betrieblich Lehre zu fördern und Betriebe zur Ausbildung der Fachkräfte von morgen zu animieren.
- Ebenso sind in der Überbetrieblichen Ausbildung (ÜBA) für Lehrlinge (ausreichende Mittel im AMS Budget / Stadt Wien hat bereits zusätzlich € 10 Mio. für überbetriebliche Ausbildung und vergleichbare Maßnahmen zur Verfügung gestellt) mehr Plätze vorzusehen.
- Es braucht die verstärkte Einrichtung von Ausbildungsverbänden in der Lehre und den Ausbau der Lehrstellen-Offensive im öffentlichen bzw staatsnahen Bereich.

Bildung

Um jedes Kind und jeden Jugendlichen nach der Corona-Zeit bestmöglich zu unterstützen, braucht es zielgerichtete Fördermaßnahmen mit Hilfe des AK-Chancenindex – für mehr Bildungsgerechtigkeit. Standortbezogen soll entschieden werden, welche Personalressourcen dafür notwendig sind (zusätzliches Lehrpersonal, Lern-Coaches, SozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, etc.). Das Bildungsministerium soll das angekündigte Chancenindex-Projekt rasch und unbürokratisch umsetzen und auf mindestens 500 (Volks-)Schulen ausweiten. In weiterer Folge bleibt das Ziel aber eine flächendeckende Umsetzung einer gerechten Schulfinanzierung nach Chancenindex, um alle benachteiligten Schulstandorte und ihrer SchülerInnen zu unterstützen. Dafür werden österreichweit rund 300 Mio Euro/Jahr benötigt.

- Im Bereich der Ganztagschulen sind mehr Plätze erforderlich, in denen Unterricht, Lernunterstützung, Freizeit und Sport über den ganzen Tag verteilt sind. Für den Ganztagschul-Ausbau muss der Bund mindestens so viel ausgeben, wie geplant – also 750 Millionen Euro bis 2025. Zudem sollte über einen neuen „aufgabenorientierten“ Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auch der laufende Betrieb von Ganztagschulen finanziert werden, nicht nur die erstmalige Einrichtung.
- Ein flächendeckender, flexibler und leistbarer Ausbau der Kinderbildungs- und betreuung schafft einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mehrwert. Dafür braucht es auch hohe Qualitätsstandards im Sinne der frühkindlichen und elementaren Bildung, die organisatorischen und



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

personellen Ressourcen und ein Bundesrahmengesetz mit einheitlichen, hohen Mindeststandards für die pädagogische Qualität auf Bundesebene. Dies ist Grundlage für den Ausbau der Betreuungsplätze inklusive Ausbau der Öffnungszeiten.

- Im Kindergarten fordert die AK das verpflichtende 2. Kindergartenjahr (kostenfrei und für alle Kinder).
- In der Elementarbildung hat Wien das österreichweit mit Abstand beste Angebot. Dennoch übersteigt insbesondere bei den Unter-3-Jährigen die Nachfrage das Platzangebot. Hier sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, eine Betreuungsquote von zumindest 50 % zu erreichen.
- Um Kleinkindgruppen und Kindergärten zu echten Bildungseinrichtungen zu machen, braucht es ein Bundesrahmengesetz mit hohen pädagogischen Standards für ganz Österreich. Dazu gehört auch die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels in den Gruppen. Wien soll hier Anstrengungen unternehmen, diesen so rasch wie möglich zu verringern, auch wenn keine bundesweite Regelung getroffen wird.
- Es braucht eine Verbesserung der Deutschförderung im Kindergarten und Schulen. Der AK-Sprachschlüssel schlägt ein Modell vor, das eine durchgängige Förderung vom Kindergarten über die Volksschule sichert.
- Die Initiative Erwachsenenbildung (I:EB, Kurse im Bereich Basisbildung, Lehrgänge zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses) ab 2022 muss fortgeführt werden.

Soziales

- Es braucht eine großzügige Unterstützung von krisenbedingten Ausgaben von armutsbetroffenen Menschen aus der Hibi (Hilfe in besonderen Lebenslagen), da die Richtsatzleistung außergewöhnliche Ausgaben, die in der Krise anfallen, nicht deckt.
- Pandemiebedingte Unterstützungsleistungen, wie Corona-Prämien, oder Einmalzahlungen für Arbeitslose dürfen nicht auf die Mindestsicherung angerechnet werden.
- Darüber hinaus ist ein Commitment der Stadt nötig, sich mit aller Kraft für den Erhalt eines starken Sozialstaats nach dem Ende der Pandemie einzusetzen.

Gesundheit und Pflege

- Für Personalsicherheit im Gesundheits- und Langzeitpflegesystem – insbesondere nach der Corona-Krise – braucht es massive Investitionen in die Ausbildung der Gesundheitsberufe und in attraktivere Arbeitsbedingungen. Das bedeutet mehr Ausbildungsplätze an Schulen und Fachhochschulen sowie verstärkte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und existenzsichernde Unterstützung für QuereinsteigerInnen aus anderen Branchen.
- Für verlässliche Arbeitszeiten und planbare Freizeit sowie verringerte Arbeitsdichte ist ein wissenschaftlich fundiertes Personalbemessungssystem zu entwickeln, das eine ausreichende Personalausstattung in den verschiedenen Settings gewährleistet. Bis dieses vorliegt, braucht es Sofortmaßnahmen zur Entlastung der ArbeitnehmerInnen, insbesondere klare Regelungen, welche Zeiten in Dienstpläne eingerechnet werden dürfen und eine bessere personelle Ausstattung in den Nachtdiensten.
- Es braucht den Ausbau der Psychosozialen Versorgung sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie: Um eine flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen sind weitere Investitionen in diesem Bereich notwendig; vor allem hinsichtlich eines niederschweligen Zugangs (zB in Betrieben, Schulen, Universitäten aber auch Jugendzentren oä). Massiver Handlungsbedarf besteht in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Derzeit werden nicht alle Kinder und Jugendlichen ausreichend versorgt.
- Ausbau Primärversorgung:



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

In Wien gibt es aktuell 4 Primärversorgungseinheiten (PVE): Leopoldstadt, Mariahilf, Meidling und Donaustadt; vier weitere sind ausgeschrieben. Bis 2021 waren 16 PVE als Zielgröße vorgesehen. Im Regionalen Strukturplan Gesundheit 2025/2030 wurde die Notwendigkeit von 36 PVE-festgestellt. Für dieses Ziel braucht es ab sofort weitere Initiativen.

- Reduktion von Wartezeiten im Gesundheitssystem – mehr VertragsärztInnen im Facharztbereich:
In Wien kommt in manchen Bezirken auf rund 30.000 EinwohnerInnen nur ein Kassenarzt im Facharztbereich (zB AugenärztInnen oder auch HautärztInnen). Die langen Wartezeiten erhöhen den Druck WahlärztInnen in Anspruch zu nehmen. Eine rechtzeitige Behandlung darf nicht von der Einkommenssituation der PatientInnen abhängig sein.
- Förderung Frauengesundheit:
Frauen sind auch in der Corona-Krise besonders belastet (Mehrbelastung im Home-Office, Zurückdrängung in traditionelle Rollen etc). Genau jetzt sind frauenspezifische Gesundheitsangebote zu verstärken.
- Steigerung Gesundheitskompetenz:
Gesundheitskompetenz ist ein wichtiger Faktor für die Gesundheit der Bevölkerung. Dies zeigt auch die Pandemie (von Einhaltung einfacher Hygieneregeln, wie Händewaschen bis zum Impfen). Wichtig sind daher kostenlose Unterstützungsangebote (zB für werdende Eltern, die im Rahmen von MuKiPass-Untersuchungen oder auch für SchülerInnen und Schüler oder im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung).

Wohnen

- Investitionen in den geförderten Wohnbau müssen weiter hoch gehalten werden um eine Erhöhung der Neubauleistung auf mindestens 9.000 geförderte Wohnungen pro Jahr sicherzustellen. Diese ist notwendig um den bestehenden Nachfrageüberhang abzubauen und die jährlich entstehende Nachfrage abzudecken, die auch im Krisenjahr 2020 um 10.000 (vorläufige Daten MA23) BewohnerInnen gewachsen ist.
- Hierzu muss das Widmungs- und Bauprogramm von bisher „10.000+ Wohnungen“ beibehalten werden. Es braucht ein Bekenntnis zur mehrheitlichen Realisierung von leistbarem, gefördertem Wohnbau.
- Förderausgaben in Neubauinvestitionen müssen trotz Budgetproblemen aufrechterhalten werden.
- Um ausreichend leistbaren Wohnraum im Bestand und im Neubau gewährleisten ist eine dritte Bodenbereitstellungsoffensive des Wohnfonds Wien erforderlich.
Der Wohnfonds Wien hat in den vergangenen Jahren zwei Wohnbauoffensiven vorbereitet. Die erste Offensive lief von Anfang 2016 bis Mitte 2018. Die zweite wurde zwischen Mitte 2018 und Ende 2020 durchgeführt. Der Wohnfonds Wien hat bei beiden Offensiven jeweils Grundstücke für mehr als 10.000 geförderte Wohnungen zur Verfügung gestellt. Der Bedarf an leistbaren Neubauwohnungen ist aber weiterhin hoch, nicht zuletzt aufgrund der pandemiebedingten Wirtschaftskrise. Dabei sollen in einem vergleichbaren Zeitraum erneut über 10.000 geförderte Wohnungen auf den Weg gebracht werden.
- Neben Investitionen in den Neubau müssen auch Investitionen in den baulichen Bestand erhöht werden.
Dies ist notwendig um eine Verbesserung der Klima Resilienz zu erreichen, den Energiewechsel im Gebäudebestand voranzutreiben und Potentiale und Synergien im Bereich Begrünung, Beschattung und Benutzbarkeit von Dachflächen zu nutzen.
- Die bauliche, thermische Sanierung in Verknüpfung mit Potentialen der Nachverdichtung muss weiter vorangetrieben werden. Die Effiziente Nutzung von schon bebauten Grundstücken für den geförderten Wohnbau kann hier einen wichtigen Beitrag zu leistbarem Wohnraumversorgung leisten.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Hierzu müssen Alt-MieterInnen umfassend einbezogen werden. Durch den Mehrwert müssen Alle davon profitieren.

Digitalisierung

- Zentraler Faktor und Basis der Digitalisierung ist der rasche Ausbau hochwertiger, flächendeckender und leistbarer Infrastruktur. Hierzu sind direkte Förderprogramme auf bundesweiter und regionaler Ebene ein wichtiger Faktor, aber ebenso gesetzliche und strukturelle Rahmenbedingungen, die Hindernisse bei Ausbau beseitigen, Genehmigungsverfahren vereinfachen, sinnvolle Kooperationen (im Rahmen des Wettbewerbs) ermöglichen und somit den Infrastrukturausbau beschleunigen. Aber ebenso sollten in verschiedenen Bereichen Ausbaupflichtungen durch öffentliche Akteure auferlegt werden (zB im Rahmen von Frequenzversteigerungen). Um dies in einem ausgewogenen Rahmen zu ermöglichen, bedarf es eines ständigen Monitorings um Lücken in der Versorgung ausfindig zu machen und entgegenzusteuern, falls der Markt nicht selbst in der Lage dazu ist.
- Nachfrageseite
Eine Schwäche in Österreich ist die Nachfrage nach digitalen Diensten. Der starke Wettbewerb hat in Österreich zu einer relativ guten Versorgung mit Internet- und Mobilfunkdiensten und einem vergleichsweise niedrigen Preisniveau geführt. Dies ist zwar sehr wünschenswert aus Verbrauchersicht, hat aber auch den Effekt, dass österreichische Infrastrukturunternehmen in ihren Investitionsentscheidungen zurückhaltender agieren, weil es kaum möglich ist, höhere Endkundenpreise für höherwertige Dienste durchzusetzen. Hier ist ein guter Mix aus öffentlicher Nachfrage, nachfrageseitiger Incentives und Bildungsmaßnahmen gefragt, um die Nachfrage für hochwertige Dienste zu heben, ohne die Wettbewerbsvorteile von leistbaren Preisen zu untergraben.
- Eine digitale Umwelt ist in Zukunft ein unumgehrer Faktor im privaten und wirtschaftlichen Kontext. Ein Leben ohne digitale Dienste ist schon jetzt unmöglich und wird in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen. Damit wird die Welt aber noch komplexer als sie ohnehin schon ist. Digitale Fertigkeiten und Skills sind daher ein zentraler Faktor um damit umzugehen. Daher bedarf es der Vermittlung entsprechender Fähigkeiten bereits in der Schule (alle Schulstufen und Berufsschulen), eine hochwertige digitale Ausstattung der Bildungseinrichtungen, sowie auch entsprechender digitaler Bildung für die Lehrenden. All das soll Teil einer Bildungs Offensive sein.
- Damit die Digitalisierung im gesamten Bildungsbereich vorangetrieben und finanziert werden kann, sollen Gelder im Rahmen des nationalen Wiederaufbauplanes (RFF) EU herangezogen werden. Eine Förderung und Unterstützung wirtschaftlich schwacher Haushalte könnte damit ebenfalls verfolgt werden.
- Ausbau der digitalen Infrastruktur an allen Schulen, inkl. Berufsschulen und Krankenpflegeschulen (Ausstattung mit Hardware, Software), zB E-Mail-Adresse, eLearningPlattformen, etc.
- Forschung und Entwicklung
Österreich hat eine gute Basis an innovativen Technologieunternehmen. Es ist allerdings zu klein um in allen Feldern Spitzentechnologien zu entwickeln. Es bedarf hier der öffentlichen Hand und zielgerichteter Forschungs- und Innovationsförderung von mind. 100 Mio. Euro, um diejenigen Bereiche voranzutreiben, in denen man strukturelle Vorteile hat. Zudem ist aber auch eine gute Vernetzung von Unternehmen, Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen, sowie betrieblichen und internationalen Akteuren relevant. Die Schaffung von Forschungsbiotopen und (regionalen) Innovationsclustern wäre dafür ein Schlüssel.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Umwelt/Klimawandel

- Um dem Klimawandel zu begegnen braucht es Investitionen in die thermische Sanierung von Gebäuden sowie in die erneuerbare Energieversorgung. Öffentliche Gebäude können hier eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen. ZB durch den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden, wobei eine Prüfung der Wirkung der PV-Anlagen auf die Umgebung, bzw eine Kombination mit Dachbegrünung zu prüfen ist. Insgesamt bedarf es der Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung (Wärmedämmung, Fernwärme, Fernkälte, erneuerbare Energien usw.) in der Stadt und im Besonderen für die über 240.000 gemeindeeigenen Wohnungen.
- Um den umweltfreundlichen Verkehr zu unterstützen braucht es den Ausbau und die Angebotserweiterungen des öffentlichen Verkehrs (ÖV). Insbesondere muss der Schienengebundene ÖV, als Tangentialellinien in den Außenbezirken als auch Stadtgrenzen überschreitend weiter ausgebaut werden.
- Durch den weiteren Ausbau von Sharingangeboten müssen attraktive, alternative Angebote zum Autobesitz geschaffen werden. Hierfür ist die konsequente Umsetzung der bestehenden Sharingstrategie – Angebot insbesondere dort, wo es als Ergänzung zum ÖV-Angebot sinnvoll ist – notwendig.
- Besonders krisensicher und umweltfreundlich sind aktive Mobilitätsformen wie das zu Fuß Gehen und Radfahren. Die Schaffung guter Bedingungen für das zu Fußgehen und Radfahren wirkt auch enorm auf die Lebensqualität einer Stadt: niedrige Geschwindigkeiten, qualitätsvolle Radinfrastruktur, breite Gehsteige, viel Grün mit Sitzmöglichkeiten, schafft eine Stadt mit angenehmen Wegen, die zum Verweilen einlädt. Hier gilt es bei Investitionen insbesondere positive (kühlende) Klimawirkungen konsequent mitzudenken. Entsiegelung des öffentlichen Raums, Flächenumverteilung, Renaturierung der Stadt haben insbesondere in dicht bebauten Gebieten einen Mehrfachnutzen. Sie wirken der Überhitzung der Stadt gezielt entgegen und sichern die Lebensqualität im Grätzl. Davon profitieren insbesondere vulnerable Gruppen wie Kinder, Jugendliche, ältere bzw Personen mit chronischen Erkrankungen oder Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status – sie können der Hitze der Stadt nicht entfliehen. Auch ArbeitnehmerInnen können sich so in Kombination mit ÖV-Investitionen über angenehme, stressfreie Arbeitswege und Möglichkeiten einer Pausengestaltung im Freien freuen

Regionale Wertschöpfungsketten

- Angesichts verbesserter Transportverbindungen und der zunehmenden Anwendung digitaler Technologien nehmen ganz allgemein die Handels-, Personen-, Kapital- und Informationsströme zwischen Regionen – international und national – zu. Siedlungsstrukturen, Arbeitsmarktverflechtungen und ökonomische Wertschöpfungsketten überschreiten zunehmend die Grenzen von (politisch-administrativ definierten) Gebietskörperschaften, was die Koordination von Anstrengungen zur Stärkung und Steuerung der so entstehenden „größeren“ funktionalen Gebietseinheiten erzwingt. Besonders drängend ist diese Notwendigkeit in wachsenden Agglomerationsräumen und hier vor allem in der Metropolregion Wien.
- Moderne Wirtschaftspolitik für die Agglomeration muss daher administrative Grenzen überschreiten, und institutionelle Lösungen und (Anreiz-)Mechanismen entwickeln, die eine Koordination wirtschaftspolitischer Aktivitäten im gemeinsamen Siedlungs- und Wirtschaftsraum bzw. am gemeinsamen Arbeitsmarkt ermöglichen. Eine solche Bündelung der Kräfte zur Lösung gemeinsamer Probleme und zur Nutzung von Entwicklungschancen ist besonders jetzt für die Bewältigung der Probleme die sich aus der Krise ergeben notwendig.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Städte und Gemeinden Investitionen ermöglichen (Goldene Investitionsregel)

- Es braucht verstärkte öffentliche Investitionen. Sie sichern die nötige Infrastruktur für alle StadtbewohnerInnen, sie wirken konjunkturstabilisierend und sie machen Wien fit für die Zukunft. Die derzeitigen Rahmenbedingungen legen ein ausgabenexpansives Budget nahe. Die Bevölkerung wächst weiter, die Konjunktur trübt sich ein und die, insbesondere in der Stadt, stark spürbaren Auswirkungen des digitalen Wandels erfordern enorme Anpassungsprozesse. Gleichzeitig befindet sich das Zinsniveau auf einem historischen Tiefstand. Die Refinanzierungskosten für staatliche Kreditaufnahmen sind damit günstiger denn je.
- Um die öffentliche Investitionstätigkeit anzukurbeln braucht es eine nachhaltige Änderung des aktuellen europäischen und österreichischen Budget-Regelwerks: Durch die Einführung der sogenannten Goldenen Investitionsregel, würden öffentliche Investitionsausgaben aus den aktuellen Grenzwerten für die Neuverschuldung ausgenommen. Dies würde die öffentlichen Investitionen vor Kürzungen schützen und die Möglichkeit von Investitionssteigerungen eröffnen.
- Damit Wien seine regionale Versorgungsfunktion auch in Zukunft anbieten kann, bedarf es u.a. der Umstellung auf einen aufgabenorientierten Finanzausgleich (FAG), der diese regionale Versorgungsfunktion auch wirklich berücksichtigt.
- Um die Leistungen der Daseinsvorsorge sicherzustellen, Investitionen möglich zu machen und die Wirtschaft wieder hochzufahren und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, braucht es eine 100%-ige Abgeltung des krisenbedingten Einnahmementfalls (Kommunalsteuer, Ertragsanteile) für Städte und Gemeinden, sowie ein öffentliches Beschäftigungs- und Konjunkturpaket zur Ankurbelung der regionalen Wirtschaft.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich